

Union setzt Haushaltsmittel für Ort der Erinnerung an die Vertreibung durch

Jochen-Konrad Fromme zum Ergebnis der Beratungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2007

CDU und CSU ist es in den Beratungen zum Bundeshaushalt 2007 erneut gelungen, sich als Unterstützer der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten zu profilieren. Obwohl der Bundeshaushalt für das Jahr 2007 unter einem noch stärkeren Spardiktat steht als der Haushalt des laufenden Jahres, konnten die Mittelansätze für diese wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, die unter der rot-grünen Bundesregierung völlig vernachlässigt worden sind, grundsätzlich beibehalten oder sogar verbessert werden.

Das wichtigste Ergebnis der diesjährigen Haushaltsberatungen ist, dass erstmals seit Beginn der konzeptionellen Überlegungen für das von CDU und CSU unterstützte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin Haushaltsmittel aus dem Bundeshaushalt für das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ in Berlin zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung eingestellt worden sind.

So weist der Bundeshaushalt für das Jahr 2007 nunmehr eine Million Euro für eine solche Einrichtung aus, wobei 250.000 Euro dafür vorgesehen sind, die Ende Oktober in Berlin zu Ende gegangene Ausstellung „Erzwungene Wege“ in eine Wanderausstellung umzuarbeiten und die verbleibenden 750.000 Euro als Anschubfinanzierung für die Schaffung des „sichtbaren Zeichens“ in Berlin als Dauereinrichtung vorgesehen sind.

Damit ist ein wichtiger Teilerfolg auf dem Weg zu einer Dauereinrich-

tung erzielt, denn nunmehr ist die Einrichtung mit einem Haushaltstitel fest im Bundeshaushalt verankert. Wichtig ist, dass jetzt diejenigen Bundesländer ihre Zusagen einhalten, die Mittel für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin bereits zugesagt haben.

Da die Erinnerung an die Vertreibung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, ist es wichtig, dass alle Bundesländer sich zu dieser Aufgabe bekennen und sich an der Schaffung eines Zentrums der Erinnerung, Aufarbeitung, Forschung und Dokumentation beteiligen. Sehr frühzeitig hatten parallel zur Konzeptentwicklung weit über 400 Städte und Gemeinden in Deutschland bereits Unterstützung für die Einrichtung zugesagt.

Erfreulich ist, dass bei der Förderung der Migrationserstberatung Mittel im ungekürzten Umfang für das Jahr 2007 zur Verfügung stehen, damit ist sichergestellt, dass die vielen ehrenamtlichen Helfer im Bereich der Spätaussiedlerintegration auch künftig (**Fortsetzung auf Seite 5**)



Jochen-Konrad Fromme

INHALT

SEITE 3
BENES-DEKRETE SIND UNVEREINBAR MIT DEM RECHTSBESTAND DER EUROPÄISCHEN UNION
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
KLARE SIGNALE AN DIE VERTRIEBENEN UND UNTERSTÜTZUNG IHRER ARBEIT
Helmut Sauer

SEITE 5
KULTURREFERENTEN WOLLEN MIT DEN LANDSMANN-SCHAFTEN PARTNERSCHAFTLICH ZUSAMMENARBEITEN
IAV

SEITE 7
HEIMKEHRERSTIFTUNGS-AUFHEBUNGSGESETZ SICHERT ARBEIT DER STIFTUNG FÜR EHEMALIGE POLITISCHE HÄFTLINGE
Dr. Christoph Bergner

„Tag der neuen Heimat“ in Nordrhein-Westfalen



v.l.n.r.: Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Karl-Peter Brendel, Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen und Dr. Heinrich Neugebauer, Vorsitzender des Vereins zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler (VIRA)

Am 14. November hatte der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, zum Empfang unter dem Motto "Tag der neuen Heimat" eingeladen. Dieser Einladung nach Düsseldorf sind Spätaussiedler, Vertreter von Aussiedlerverbänden und -vereinen, ehrenamtliche Aussiedlerbetreuer aus ganz Nordrhein-Westfalen sowie die Mitglieder des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen gefolgt. "Die Geschichte der Deutschen aus Russland ist auch unsere Geschichte und ich werbe dafür sie als solche auch zu sehen", sagte Kufen in seiner Begrüßungsrede. "Vor rund 250 Jahren folgten viele Menschen der Einladung der deutschstämmigen Zarin Katharina der Großen nach Russland und ließen sich dort nieder. Sie lebten in deutschen Dörfern, gingen in deutsche Schulen und Kirchen und gaben Zeitungen in deutscher Sprache heraus. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde ihnen das zum Verhängnis. Ab diesem Zeitpunkt wurden sie nach Sibirien und Kasachstan vertrieben. Von da an sollten es keine deutschen Siedlungen mehr geben. Erst nach dem Umbruch der Sowjetunion hatten die Menschen die Alternative der Ausreise nach

Deutschland. Rund 700.000 Menschen sind seitdem nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Vor diesem Hintergrund hat der Begriff "Heimat" für diese Menschen eine besondere Bedeutung und ich bin in meiner Arbeit als Integrationsbeauftragter dieser Bedeutung durchaus bewusst", betonte Thomas Kufen.

"An dieser Stelle möchte ich auch deshalb ein "Herzliches Willkommen" aussprechen und die Unterstützung und die Verantwortung der Landesregierung bei den Anliegen dieser Menschen zusichern" so der Integrationsbeauftragte anschließend.

Der Staatssekretär im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Peter Brendel, überbrachte die herzlichen Grüße des Landesinnenministers Dr. Ingo Wolf. Eindringlich plädierte der Vorsitzende des Vereins zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler e. V. (VIRA), Dr. Heinrich Neugebauer, für eine stärkere Berücksichtigung der Deutschen aus Russland innerhalb der Integrationspolitik. Diese Gruppe stehe zahlenmäßig an zweiter Stelle in Nordrhein-Westfalen und an erster bundesweit. Allein aus dieser Tatsache werbe er für mehr Anstrengungen der Politik für die Belange dieser Gruppe.

Fromme: Wahl von Erika Steinbach gutes Signal

Die Wahl von Erika Steinbach in den Bundesvorstand der CDU im Rahmen des 20. Parteitags der CDU Deutschlands in Dresden ist ein gutes Signal an die Schicksalsgruppen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten. Durch die Wahl von Erika Steinbach sind diese wichtigen Schicksalsgruppen unseres Volkes prominent mit Sitz und Stimme im höchsten Gremium der CDU vertreten. Darüber hinaus ist der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU, Helmut Sauer, qua Amtes mit Sitz

im Bundesvorstand der CDU Deutschlands vertreten.

Damit ist sichergestellt, dass die Belange und Anliegen dieser wichtigen Schicksalsgruppen unseres Volkes auch in den nächsten zwei Jahren auch kompetent vertreten werden.

Die CDU hat sich auf ihrem Parteitag und durch die Wahlen zum Bundesvorstand einmal mehr als die große Volkspartei in Deutschland erwiesen, die allen gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land eine Vertretung bietet.

„Tradierung des Geschichtsbewusstseins“ beim Thema Flucht und Vertreibung

Veranstaltungsreihe des Frauenverbandes des Bundes der Vertriebenen unter dem Titel „Lange Schatten“



v.l.n.r.: Sibylle Dreher, Präsidentin des Frauenverbandes der Vertriebenen, der Soziologe Prof. Dr. Michael von Engelhardt, der Bürgerrechtler und Publizist Wolfgang Templin, als Moderatorin fungierte die Journalistin Gudrun Schmidt (ehem. WDR) und der Sozialwissenschaftler Christian Gudehus

Unterstützt von der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und von der Bundeszentrale für politische Bildung hat der Frauenverband im Bund der Vertriebenen am 8. November in Berlin eine siebenteilige Veranstaltungsreihe gestartet, die unter dem Titel „Lange Schatten – Folgen der Erlebnisse bei Flucht und Vertreibung bis

heute“ die damit verbundenen Themen gegenwartsbezogen aufarbeitet. Die Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Flucht und Vertreibung im Familiengedächtnis des geteilten Deutschlands“. In der Zeit bis April 2007 folgen unter anderem noch Veranstaltungen zur Aufarbeitung der Geschichte in Film und Fernsehen und zur literarischen Aufarbeitung.

Benes-Dekrete sind unvereinbar mit dem Rechtsbestand der Europäischen Union

Jochen-Konrad Fromme zur neuerlichen Anwendung der Benes-Dekrete in der Tschechischen Republik

Ministerpräsident Milan Zeman im Jahr 2003 gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte, dass die Benes-Dekrete in ihrer Wirkung „erloschen“ seien. Das Gegenteil ist der Fall, wenn man eine jüngste Entscheidung des derzeitigen Innenministers der Tschechischen Republik Ivan Langer berücksichtigt.

In dem seit Jahren schwelenden Verfahren über die Anerkennung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für den im Jahr 1946 verstorbenen Fürsten Salm-Reifferscheidt, die im engen Zusammenhang mit den Entscheidungen über das Eigentum der Fürstenfamilie stehen, hat der tschechische Innenminister nunmehr erneut das Dekret Nr. 33 zur Anwendung gebracht. Durch das Dekret wurde tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher und ungarischer Nationalität die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannt, sofern sie nicht ihrerseits nachweisen konnten, dass sie stets loyal zur tschechoslowakischen Nation gestanden haben. Zwar konnte Salm-Reifferscheidt diesen Nachweis erbringen, ist aber vor einer endgültigen Entscheidung über

seine Staatsbürgerschaft verstorben. Seit vielen Jahren müssen seine Erben nun zwischen Gerichtsverfahren und Verwaltungsentscheidungen mit der Tschechischen Republik um die staatsbürgerschaftliche Anerkennung des Fürsten ringen. Dass der tschechische Innenminister nunmehr, und trotz einer gegenteiligen Entscheidung des Brünner Verfassungsgerichts, an die zweifelhaften Entscheidungen seiner Vorgänger fortsetzt, zeigt, dass hier noch ein Nachholbedarf der Tschechischen Republik in Bezug auf die europäische Rechts- und Werteordnung besteht. Ferner zeigt dieser Fall, dass die Frage des Fortbestands der Benes-Dekrete auf europäischer Ebene im Vorfeld der Erweiterungsrunde von 2004 nicht ausreichend verhandelt worden ist.

Für die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft wäre es von größtem Wert, wenn die Tschechische Republik sich endlich zu einem Schlussstrich unter die, gegen die deutsche Volksgruppe gerichteten Dekrete bereit finden würde, die aufgrund ihrer Beweislastumkehr, für die Betroffenen eine Kollektivstrafe darstellen, die einzigartig in der Europäischen Union ist.

Erinnerung an die Vertreibung braucht einen Ort des zentralen Gedenkens

Antrag der OMV-Bundesvereinigung an den 20. Parteitag der CDU Deutschlands am 27./28. November

„Für die CDU erfüllen die deutschen Heimatvertriebenen und deutschen Volksgruppen im Ausland eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Insbesondere die Deutschen, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, können bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfen, so wie die Vertriebenen für den Wiederaufbau in Deutschland und die Versöhnung zwischen den Völkern einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben und leisten.

Die CDU unterstützt die deutschen Heimatvertriebenen bei dem Gedenken an ihr leidvolles Schicksal und der Bewahrung ihres kulturellen Erbes im kollektiven Gedächtnis des deutschen Volkes. Es ist ein Teil unserer deutschen Identität.

Die Erinnerung an diesen Teil deutscher Geschichte, der zugleich auch ein Teil europäischer Geschichte ist, muss an einem zentralen Ort in Berlin, unter Beteiligung der Vertriebenen und ihrer Organisationen, sichtbar werden. Deshalb unterstützt die CDU den Aufbau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin als sichtbares Zeichen, in dem in

einem Gesamtüberblick das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Vertreibungs- und Deportationsopfer aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte erfahrbar werden soll, sowie die Veränderungen Deutschlands durch die Eingliederung Millionen entwurzelter Landsleute mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche ausgeleuchtet werden sollen.

Zugleich soll das Zentrum der Begegnung dienen. Aber auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa sollen dort aufgezeigt werden, denn allein in Europa waren bzw. sind 30 Volksgruppen von solchen Menschenrechtsverletzungen betroffen.

Die CDU ist überzeugt, dass Vertreibung und Genozid sich niemals rechtfertigen lassen. Sie sind immer ein Unrecht.

Das wollen wir nicht resignierend hinnehmen, sondern durch Erinnerung immer wieder mahnen, mitzufühlen und Anteil zu nehmen. Deutschland braucht für alle Opfer von Genozid und Vertreibung einen Platz im historischen Gedächtnis und zwar in Berlin.“

Klares Signal an die Vertriebenen und Unterstützung ihrer Arbeit

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer lobt die Beschlüsse des CDU-Parteitages zur Vertriebenenpolitik

Der wiederwählter stellvertretender OMV - Bundesvorsitzender Erika Steinbach, MdB, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, in den Bundesvorstand der CDU würdigt die CDU auch ihr Engagement für den Aufbau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin als sichtbares Zeichen, in dem in einem Gesamtüberblick das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Vertreibungs- und Deportationsopfer aus Mittel-, Ost- und Südeuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte erfahrbar werden soll. Gleichzeitig soll das Zentrum der Begegnung dienen und auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa aufzeigen, denn allein in Europa waren bzw. sind 30 Volksgruppen von solchen Menschenrechtsverletzungen betroffen.

Weil Vertreibung und Genozid sich niemals rechtfertigen lassen und immer Unrecht bleiben, wird die OMV durch Erinnerung immer wieder mahnen, mitzufühlen und Anteil nehmen sowie zu einem echten Ausgleich auf der Basis der geschichtlichen Wahrheit und des Rechts mit den östlichen Nachbarn beitragen. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2007 durch den Deutschen Bundestag wird auch den Anliegen der Vertriebenen entsprochen.

der Bundesregierung in die Vermittlung eines der tragischsten Kapitel deutscher und europäischer Geschichte.

Darin sind enthalten:

- 250.000 EUR, die dem Bund der Vertriebenen die Umwandlung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ in eine Wanderausstellung ermöglichen und
- 750.000 EUR, um die vom Zentrum gegen Vertreibungen geforderte Dokumentations- und



Helmut Sauer

Informationsstätte zu „Flucht und Vertreibung“ in Berlin auf den Weg zu bringen.

Deutschland erhält somit für alle Opfer von Genozid und Vertreibung mit Unterstützung unserer Bundeskanzlerin einen Platz im historischen Gedächtnis und zwar in Berlin.

Kulturreferenten wollen mit den Landsmannschaften partnerschaftlich zusammenarbeiten

Arbeitsgruppensitzung mit den nach §96 Bundesvertriebenengesetz geförderten Kulturreferenten



Alle sechs aus dem Haushaltstitel des § 96 Bundesvertriebenengesetz geförderten Kulturreferenten waren der am 7. November 2006 der Einladung von Jochen-Konrad Fromme (2.v.r.) gefolgt und zum Gespräch mit der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler erschienen.

Am 7. November 2006 sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin mit den nach § 96 BVFG geförderten Kulturreferenten, die seit dem Jahr 2000 bei den Landesmuseen angesiedelt sind, ohne Mitarbeiter der Museen zu sein. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die künftige Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften und Organisationen der Heimatvertriebenen sowie Perspektiven im Bereich der kulturellen Breitenarbeit als Kernbestandteil der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz.

Dabei machten die Abgeordneten deutlich, dass vor allem die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften eine unverzichtbare Kernaufgabe der Kulturreferenten sei.

Die Stelleninhaber gaben jeweils einen kurzen Bericht über ihre Arbeit und sagten einvernehmlich zu, den Vertriebenenorganisationen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Erörtert wurde mit dem anwesenden Verantwortlichen des Kanzleramtes auch Fragen struktureller Defizite bei Umfang, Zuschnitt und Ausstattung der jeweiligen Stelle der Kulturreferenten.

Fortsetzung von Seite 1 (Union setzt Haushaltsmittel..)

eine Sachkostenpauschale zur Verfügung haben.

Ebenso erfreulich ist, dass die Mittel für die Schaffung der Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten im Vergleich zum Vorjahr erhalten bleiben.

Die für die deutschen Heimatvertriebenen so wichtigen Mittel der Kulturförderung, die unter Rot-Grün rigoros zusammengestrichen worden sind, haben bereits im laufenden Haushaltsjahr einen Aufwuchs um eine Million Euro erfahren. Dieser Aufwuchs bleibt auch im nächsten Jahr erhalten. Hier haben es CDU und CSU nicht zugelassen, dass die FDP sich mit ihrem Antrag durchsetzen konnte, die Mittel um zwei Millionen Euro zusammenzuziehen.

Insgesamt haben CDU und CSU in den Haushaltsberatungen deutlich unterstrichen, dass sie als zuverlässiger Partner an der Seite der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten stehen.

„Spätaussiedler sind nicht krimineller als andere“

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat der Deutschen Jugend aus Frankfurt bei deren Nachbarschaftsfest für die Integrationsarbeit gedankt. Er wies auf die Initiative der Deutschen Jugend aus Russland hin, die in so genannten Schwerpunktregionen mit einem hohen Aussiedleranteil nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ besonders jugendlichen Spätaussiedlern eine Perspektive in der neuen Heimat vermittelt.

Der Landesbeauftragte ging in seinem Grußwort auf eine wissenschaftliche Analyse des Landeskriminalamtes Hamburg ein, in der die Kriminalität von Deutschen mit dem Migrationshintergrund „Aussiedler“ untersucht wurde. Aussiedler sind dieser Studie zufolge nicht krimineller als andere Deutsche. Die Untersuchung widerlege die Annahme, dass die Kriminalitätsbelastung durch Aussiedler auffallend hoch sei.

Christoph Bergner zieht eine positive Bilanz seiner Ungarnreise

Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung besuchte vom 16.-17. November deutsche Minderheit in Ungarn

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, MdB, hielt sich vom 16. bis 17. November 2006 in Budapest auf. Dort führte er Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit und der ungarischen Regierung, bei denen es in erster Linie um die Situation der deutschen Minderheit in Ungarn ging. Im Vordergrund stand die weitere Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der finanziellen Absicherung der kulturellen Autonomie der Ungarndeutschen durch den ungarischen Staat, insbesondere mit Hinblick auf die Institutionen in Trägerschaft der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen. Die Delegation der ungarndeutschen Gesprächspartner wurde vom Vorsitzenden der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Otto Heinek, dessen Stellvertretern, Dr. Gábor Frank und Emmerich Ritter, und dem Vorsitzenden der Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher, Dávid Laszló, angeführt. Im Rahmen seiner Kontakte mit der ungarischen Regierung führte Herr Dr. Bergner Gespräche mit dem Leiter des Amtes für nationale und ethnische Minderheiten, Anton Paulik sowie dem Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Arbeit, Gabor Cizmar. Zudem traf er auch

den Minderheitenbeauftragten des ungarischen Parlaments, Prof. Dr. Jenő Kaltenbach. Ferner besuchte er das ungarndeutsche Heimatmuseum in Budaörs sowie die dortige Landesgedenkstätte zur Erinnerung an die Vertreibung. MdB Dr. Bergner zieht folgendes, positives Fazit seines Besuches: „Mit dem vor ca. 2½ Jahren vollzogenen EU-Beitritt haben sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Minderheit weiter verbessert. Bei meinen Gesprächen mit Vertretern der ungarischen Regierung habe ich die Leistungen der Titularnation Ungarn gegenüber der deutschen Minderheit gewürdigt, die trotz schwieriger Haushaltssituation des Landes beispielhaft sind und habe dafür geworben, bei der Förderung der Ungarndeutschen und ihrer Institutionen den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Die Ungarndeutschen haben sich durch ihr verantwortliches Einbringen in das ungarische Minderheiten-Selbstverwaltungsmodell große Anerkennung erworben und demonstrieren damit zugleich die friedenssichernde Funktion einer auf aktive gesellschaftliche Teilhabe und partnerschaftlichen Dialog ausgerichteten Minderheitenpolitik im gemeinsamen Haus Europa.“

Innenminister und Innensenatoren erzielen Einigung beim Bleiberecht und bei der Terrorabwehr

Aus den Ergebnissen der 182. Konferenz der Innenminister- und senatoren in Nürnberg am 16. /17. November

Auf Einladung des Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), des Bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein, fand am 16. und 17. November 2006 in Nürnberg die 182. Sitzung der Innenministerkonferenz statt. An der Konferenz nahm auch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble teil. Beim Kaminesgespräch der Minister und Senatoren am Nachmittag des 16. Novembers war auch der Kommissionsvizepräsident der Europäischen Kommission, Franco Frattini, zu einem Meinungsaustausch zu aktuellen europapolitischen Themen anwesend. Schwerpunkte der Herbstkonferenz bildeten das Bleiberecht für im Bundesgebiet wirtschaftlich und sozial integrierte ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Beckstein zeigte sich mit den Ergebnissen zufrieden: "Die Innenministerkonferenz hat in ausgesprochen schwierigen Fragen wie der Bleiberechtsregelung und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus Kompetenz und Entschlusskraft bewiesen."

Die Innenministerkonferenz beschloss, dass ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, unter bestimmten Voraussetzungen ein Bleiberecht gewährt werden soll. Der Bundesinnenminister hat in einer zweiten Stufe weitergehende Regelungen des Bundesgesetzgebers

angekündigt, über die Bundestag und Bundesrat entscheiden müssen. Der IMK-Vorsitzende Beckstein begrüßte das erreichte Ergebnis: "Mit der Bleiberechtsregelung haben wir einen guten Kompromiss erzielt. Das bedeutet im Gegenzug aber auch, dass der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, konsequent beendet werden muss. Sie dürfen nicht durch großzügige Sozialleistungen Anreize für den weiteren Verbleib in Deutschland bekommen", so Beckstein.

Die Innenministerkonferenz beschäftigte sich vor dem Hintergrund der versuchten Anschläge auf Regionalzüge in Dortmund und Koblenz intensiv mit weiteren Handlungsmöglichkeiten zur frühzeitigen Erkennung terroristischer Strukturen und Aktivitäten. Sie hält insbesondere einen noch intensiveren internationalen Erfahrungsaustausch und eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden mit ausländischen Partnerbehörden für notwendig. Die Innenminister und -senatoren sprachen sich zudem für eine stärkere Einbindung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) zu einem Frühwarnsystem aus. Die Informationsgewinnung der Sicherheitsbehörden durch den Einsatz offener und insbesondere verdeckter Maßnahmen muss nach Auffassung der IMK weiter verbessert werden.

CDU und CSU stehen fest an der Seite der deutschen Minderheit in Polen

Jochen-Konrad Fromme sprach auf dem XI. Schlesienseminar im oberschlesischen Groß Stein (Kamien Slaski)



und dem stellvertretenden Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Jozef Kotys.

Mit einem Vortrag zum Thema „Das historische Gedächtnis in den Kreisen der Vertriebenenverbände in Deutschland – Stand und Perspektiven eines dauerhaften Dialogs mit Polen“ ist Jochen-Konrad Fromme Gast beim Schlesienseminar in Groß Stein gewesen.

Dabei standen auch die aktuellen Fragen der Rechte der deutschen

Minderheit, die von Mitgliedern der polnischen Regierung in Frage gestellt worden waren, ebenso auf der Tagesordnung wie die säumigen Zahlungen Warschaus für das deutsch-polnische Jugendwerk.

Am Rande der Veranstaltung fanden auch Gespräche über eine Sicherung des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit statt.

Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz sichert Arbeit der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Parlamentarischer Staatssekretär Christoph Bergner erläutert die geplante Aufhebung der Heimkehrerstiftung

„Aktuelle Behauptungen, der in Vorbereitung befindliche Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Heimkehrerstiftung und zur Finanzierung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge verschlechtere die Situation der ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes entbehren der Grundlage. Der Entwurf des Gesetzes nimmt keine Änderung an Art und Umfang des Anspruchs auf Unterstützungsleistungen für politisch Verfolgte nach dem Häftlingshilfegesetz vor. Danach können politische Häftlinge, die keine SED-Häftlinge waren, sondern z.B. in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg in der ehemaligen Sowjetunion in politische Haft geraten sind, zur Linderung einer Notlage Leistungen erhalten. Und der in Vorbereitung befindliche Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Heimkehrerstiftung und zur Finanzierung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sichert diese Möglichkeit. Denn er beinhaltet eine Regelung zur künftigen Finanzierung dieser Leistungen. Damit wird nicht die Grundlage für die Arbeit der Stiftung ausgehöhlt, vielmehr werden die Arbeitsmöglichkeiten der Stiftung gesichert; denn die alte Finanzierungsregelung war bereits Ende 2005 ausgelaufen. Von dieser neuen Finanzierungsregelung für Unterstüt-

zungsleistungen sind ehemalige SED-Opfer allerdings grundsätzlich nicht betroffen. Denn sie erfasst nicht die Unterstützungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz zugunsten der Opfer der SED-Diktatur. Mittel zur Ausführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz zugunsten der Opfer der SED-Diktatur standen und stehen in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Auch die Behauptung, die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge werde ab dem Jahr 2010 keine Funktion mehr haben, weil sie keine Wiederholungsanträge von SED-Opfern mehr positiv bescheiden dürfe, ist nicht zutreffend. In Bezug auf die Leistungen an SED-Opfer nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gibt es keine entsprechende Änderung. Als Fazit lässt sich festhalten, dass der Entwurf die Situation ehemaliger politischer Häftlinge verbessert, weil er die ausreichende Ausstattung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge mit Mitteln sichert. Und der Entwurf trifft keine Vorentscheidung über die Frage der Opferpension zur Verbesserung der Situation der SED-Opfer. Die Frage ihrer Einführung wird unabhängig vom Entwurf des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes entschieden.“

Rech auf Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag

„Obwohl immer weniger von uns unmittelbare Erfahrung mit Kriegs- und Nachkriegszeit haben, ist der Volkstrauertag auch über 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch immer zeitgemäß.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech bei der Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag am in Stuttgart.

Es sei wichtig, junge Menschen gerade durch die Mitwirkung an der Feierstunde zum Volkstrauertag mit dem unfassbaren Leid von damals zu konfrontieren. Junge und ältere Menschen kämen dadurch miteinander ins Gespräch, und der Dialog der Generationen werde gefördert. „Das ständige Ringen um den Frieden in der Welt ist das Element, das die Generationen verbindet“, sagte Rech. „Kriegsgräber sind Mahnmale für den Frieden, gegen die Gleichgültigkeit und das Vergessen.“

Jochen-Konrad Fromme zum Stasi-Unterlagengesetz

Der jetzt in der Koalition von CDU/CSU und SPD gefundene Kompromiss über die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, wonach Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in gehobenen Positionen mindestens für die nächsten fünf Jahre auf etwaige Stasi-Mitarbeit überprüft werden dürfen, sind ein deutliches Bekenntnis zu einer Aufarbeitung unserer deutschen Geschichte.

Damit ist bestmöglich sichergestellt, dass auch in den nächsten fünf Jahren Personen, die in gehobenen Positionen des öffentlichen Dienstes hoheitliche Aufgaben des Staates übernehmen, frei von Verstrickungen in das Unrechtssystem der Staatssicherheit der ehemaligen DDR sind, was ansonsten eine Verhöhnung der Opfer darstellen würde.

CDU und CSU stehen dafür, dass wir uns mit unserer gesamten deutschen Geschichte aufrichtig und kritisch auseinandersetzen. Dazu zählen das dunkle Kapitel von Nationalsozialismus und Drittem Reich und vor allem der Holocaust, ebenso aber auch die Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden von 1949 bis 1990.

Auch international, vor allem auf europäischer Ebene, fordert die Union auch von unseren Nachbarn immer wieder ein, sich intensiv mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Dies zum Beispiel auch in Bezug auf die Vertreibung der Deutschen. Da wäre es ein fatales Signal, wenn wir mit der Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes uns die Möglichkeit selbst aus der Hand genommen hätten, in den sensiblen Bereichen des öffentlichen Dienstes Stasi-Mitarbeiter ausfindig zu machen. Der jetzt gefundene Kompromiss beim Stasi-Unterlagengesetz ist ein gutes Signal an die Opfer des Stasi-Unrechts. Es ist aber auch ein gutes Signal an alle Menschen in unserem Lande, weil wir uns zu unserer Geschichte bekennen.

Ein weiteres wichtiges Signal wäre nun, eine Opferpension für diejenigen, die unter politischer Haft gelitten haben, zur Umsetzung zu bringen. Dies würde zeigen, dass wir uns nicht nur zu unserer Geschichte bekennen, sondern auch bereit sind, die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Aufnahmeverfahren für Spätaussiedler

Spätaussiedler, die nach Bayern ziehen wollen, werden ab 2007 für etwa sechs Monate im Grenzdurchgangslager Friedland aufgenommen, gab Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bekannt. Die dort angebotenen Integrationskurse sollen ihnen das Einleben in die neue Heimat erleichtern. Für schulpflichtige Kinder ist zudem Förderunterricht vorgesehen, für noch nicht Schulpflichtige vorschulischer Sprachunterricht.

An die künftigen Spätaussiedler richtet Stewens die Aufforderung, die Eingliederungsangebote zu nutzen. Die bereits im Freistaat lebenden Angehörigen bittet sie, die Neuankommlinge bei der Suche nach Wohnung und Arbeit zu unterstützen.

Kommentar: Die von der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertretene Auffassung, das Lager Friedland zum Integrationsort auszubauen, nimmt Gestalt an.

IMPRESSUM Vorbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Jochen-Konrad Fromme MdB

Redaktion: Thomas Helm (verantwortlich)
Verena Herkenhoff

Sekretariat: Ines Roehm
Kontakt: Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und
Aussiedler

Anschrift: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (0 30) 2 27-56154